

«Wir müssten Familientradition aufgeben»

Warum sich die Unternehmerin Karin Streit-Heizmann gegen die Erbschaftssteuer-Initiative engagiert

■ Viele Unternehmer sind wegen der Erbschaftssteuer-Initiative konsterniert. Ist das nicht übertrieben?

Karin Streit-Heizmann: Nein, für viele kleine und mittlere Unternehmen wären die Folgen der Initiative dramatisch.

■ Wie wäre die Firma Heizmann AG betroffen?

Unsere Firma gibt es seit fast hundert Jahren. Sie ist Teil der Familie. Mein Ziel ist es, sie an unsere Kinder zu übergeben. Wenn diese eine Erbschaftssteuer zahlen müssten, ginge das nicht. Sie werden kein Bargeld erben, mit dem sie die Steuer zahlen könnten.

■ Sie könnten das Geld aber leicht beschaffen.

Dafür müssten wir den Betrieb schwächen und einen Teil der Betriebsmittel verkaufen, ein Darlehen aufnehmen oder einen fremden Investor holen, der dann mitredet.

■ Könnten Sie die Erbschaftssteuer nicht mit dem Gewinn zahlen, den die Firma abgeworfen hat?

Nein, denn die Gewinne werden nicht an die Eigentümer ausbezahlt, sondern zum grossen Teil in die Firma reinvestiert oder als Reserven angelegt, damit auch schlechtere Zeiten schadlos überstanden werden können und man nicht gleich Personal entlassen muss. Für inhabergeführte Familienunternehmen ist das selbstverständlich.

■ Es gibt einen Freibetrag von zwei Millionen Franken.

Das ist doch lächerlich! Die Maschinen, die bei uns in der Werkstatt stehen, kosten alleine mehr als zwei Millionen Franken. Von unserem Firmengebäude, der Lagerinfrastruktur und dem Warenlager nicht zu sprechen. Müsste man darauf 20 Prozent Erbschaftssteuer zahlen, wären mehrere Millionen Vermögen in bar nötig.

■ Die Initianten sagen, dass sie den Freibetrag für Unternehmen auf 50 Millionen erhöhen werden.

Das ist in der Initiative nicht fixiert, da würde ich ja die Katze im Sack kaufen. So kann ich keine Initiative annehmen.

■ Wenn ein direkter Nachkomme das Unternehmen weiterführt, entfiele die Steuer.

Diese Regelung schränkt zu sehr ein, weil der direkte Nachkomme nicht im-



Karin Streit-Heizmann führt das Familienunternehmen seit 2004. Sir Robin Photography

mer die beste Nachfolgelösung sein muss.

■ Was werden Sie tun, wenn die Initiative angenommen würde?

Mich betrifft es noch nicht, denn wir haben rechtzeitig reagiert, als wir hörten, dass die Initiative rückwirkend gül-

tig wäre. Unfassbar, dass dies überhaupt möglich ist! Der kommenden Generation wird das Bargeld für die Erbschaftssteuer sicher fehlen. Somit müssten wir einen Verkauf oder eine externe Beteiligung ernsthaft in Betracht ziehen und die Familientradition aufgeben.

■ Die Befürworter der Erbschaftssteuer stören sich daran, dass selbst erarbeitetes Geld versteuert werden muss, geerbtes Geld hingegen nicht.

Jedes geerbte Geld wurde irgendwann von jemandem erarbeitet und zu jenem Zeitpunkt als Einkommen und Gewinn versteuert. Somit sind diese Ereignisse für mich abgegolten. Danach geht das Geld in Vermögen über und wird mit einer Vermögenssteuer belegt, so lange welches vorhanden ist.

■ Die Erbschaftssteuer will, dass zwei Drittel des Geldes der AHV zugutekommen. Das ist doch eine gute Idee.

Nein, für mich wäre das eine reine Umlagerung. Zwar wäre mehr Geld in der AHV, durch den Entzug wichtiger Mittel zur Sicherung der Firmen müssten Stellen abgebaut werden, die Arbeitslosenzahl würde steigen und somit auch die Arbeitslosen- und Sozialhilfekosten.

■ In der Schweiz werden die Superreichen immer reicher. Zwei Prozent der Bevölkerung besitzen gleich viel wie die restlichen 98. Diese will die Initiative treffen.

Die Superreichen sind nicht die, die ein Vermögen von zwei Millionen haben. Erinnern Sie sich noch an den Fall Barnevik? Wegen diesem krassen Einzelfall mussten alle Vorsorgeregimente mit viel Aufwand und Kosten angepasst werden. Für die meisten Pensionskassen völlig unnötig, da ein solcher Fall gar nie hätte passieren können. Und jetzt sollen wir wegen zwei Prozent Superreichen eine Erbschaftssteuer einführen, die wieder die falschen trifft? Ich sage Nein.

INTERVIEW: URSULA FRAEFEL

ZUR PERSON

Karin Streit-Heizmann führt die Heizmann AG seit 2004 in der vierten Generation. Sie hat in dieser Zeit am Firmenstandort in Aarau 40 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Heizmann AG ist im Bereich der Schlauch-, Verbindungs- und Antriebstechnik sowie in der Mobilhydraulik tätig und beliefert ihre Kunden hauptsächlich in der Schweiz. Mit rund 100 Mitarbeitenden erzielt sie einen Umsatz von knapp 30 Millionen Franken. Die 50-jährige Karin Streit-Heizmann ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 18 und 16 Jahren. In ungefähr 15 Jahren möchte sie die Firma der nächsten Generation übergeben.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser



VON DANIEL KNECHT

Die Wirtschaft braucht Ihre Unterstützung! Vielleicht haben auch Sie schon gegen die Wirtschaft gestimmt. Weil Sie ein Zeichen setzen wollten. Weil Sie das Vertrauen in Wirtschaft und Politik verloren haben. Als Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) möchte ich Ihr Vertrauen zurückgewinnen. Nur mit Ihrer Unterstützung können die Unternehmen den Wohlstand in diesem Land sichern. Nur so können sie die Löhne bezahlen und die Sozialversicherungen finanzieren. Zu den Aufgaben der AIHK gehört es, das Gespräch zwischen Wirtschaft und Öffentlichkeit zu fördern. Zum Beispiel beim Thema Erbschaftssteuer. Würde die Initiative angenommen, müssten viele Familienbetriebe ihre Unabhängigkeit aufgeben. Im Kanton Aargau wären mehrere hundert Familienunternehmen betroffen. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Daniel Knecht ist Unternehmer und Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer.

Stimmen

Kinder verlieren, Neffen gewinnen



«Die Initiative ist ein Angriff auf die Steuerhoheit der Kantone», sagt der Aargauer CVP-Finanzdirektor **Roland Broglio**. Heute werden Erbschafts- und

Schenkungssteuern von den Kantonen erhoben. Die Initiative will das ändern und eine neue Steuer auf Bundesebene einführen. Zwar bekommen die Kantone einen Drittel davon, sie verlieren aber ihre bisherigen Erträge. 2014 nahmen Kanton und Gemeinden im Aargau mit der Erbschaftssteuer für entfernte Verwandte 38,7 Millionen Franken ein.



Für **Sylvia Flückiger**, SVP-Nationalrätin und Vizepräsidentin des Aargauischen Gewerbeverbandes, ist die Erbschaftssteuerinitiative ein KMU-

Killer und ein Angriff auf die Familie selber, weil sie keinen Unterschied macht zwischen Kindern und entfernten Verwandten. Heute zahlen die direkten Nachkommen im Kanton Aargau wie in den meisten Kantonen keine Erbschaftssteuer.



«Weil die Linke mit der Initiative auch noch die AHV aufpäppeln will, würde die Gesamtsteuerbelastung deutlich steigen», sagt FDP-Präsident und

Aargauer Nationalrat **Philipp Müller**. Für die AHV wären die Mehreinnahmen durch eine Erbschaftssteuer mit jährlich 2 Milliarden Franken bei einem Jahresdefizit von 8 bis 10 Milliarden Franken (ab 2030) nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Die wichtigsten Gegenargumente aus Sicht der Aargauischen Industrie- und Handelskammer AIHK

Die Schweiz braucht Familienbetriebe und Reiche

Eine Schweiz, in der die Reichen etwas weniger hätten und die AHV dafür mehr: Das Ziel der Erbschaftssteuer-Initiative klingt verführerisch. Aber Vorsicht. Näher betrachtet trifft diese Initiative nicht nur



von **Peter Lüscher**,
Geschäftsleiter
AIHK

die Superreichen, sondern sie gefährdet die Existenz von Familienbetrieben. Damit schwächt sie den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Mit Recht sind wir stolz auf unser Land. Wir gehören zu den Innovativsten, wir gehören zu den Wettbewerbsfähigsten, wir gehören zu den Wohlhabendsten. Das verdanken wir zu einem grossen Teil unseren Abertausenden von Klein- und Mittelbetrieben. Zu Recht reden wir von der KMU-Wirtschaft als unserem Rückgrat. Und genau dieses gesunde und starke Rückgrat soll jetzt operiert werden. Das kann nicht gut kommen.

Denn eines ist klar: Wird die Erbschaftssteuer-Initiative angenommen, brächte dies Tausende Familienbetriebe in Bedrängnis. Wenn kein Bargeld da ist, müssten die Erben das Geld für die Steuer der Firma entziehen oder einen fremden Investor an Bord holen. Eine nationale Erbschaftssteuer würde eine Abwärtsspirale

«Eine nationale Erbschaftssteuer würde eine Abwärtsspirale in Gang setzen.»

in Gang setzen. Wenn nämlich die Firmen nicht mehr in Forschung und Entwicklung investieren können, verlieren sie an Konkurrenzfähigkeit. Die Folge: Arbeitsplatzabbau. Die Initiative schadet damit ausgerechnet jenen, denen sie helfen will. Da ist es nur ein kleiner Trost, wenn für die Unternehmen der Freibetrag von zwei Millionen Franken erhöht und der Steuersatz gesenkt werden soll. Weil die Initiative in dieser Hinsicht offen formuliert ist, müsste das Parlament entscheiden, wieviel das sein soll. Damit entstünde über die nächsten Jahre eine grosse Rechtsunsicherheit. Und Rechtsunsicherheit ist Gift

für die Wirtschaft. Die Entlastungen für Firmen sind zudem an die Bedingung geknüpft, dass die Nachkommen das Unternehmen mindestens zehn Jahre weiterführen. Was aber, wenn der Erbe nach neun Jahren stirbt? Oder wenn er sich nicht so lange verpflichten will? Und wer soll das alles kontrollieren? Eine Monstertbürokratie müsste aufgebaut werden. Nun ist es ja nicht so, dass es in der Schweiz heute keine Erbschaftssteuern gäbe. Diese sind aber Angelegenheit der Kantone. Im Aargau zum Beispiel sind die

So siehts in andern Ländern aus

Land	Vermögenssteuer	Erbschaftssteuer
Schweiz	Ja	Kantonal geregelt*
Deutschland	Nein	Ja
Österreich	Nein	Nein
Frankreich	Ja	Ja
Schweden	Nein	Nein
Singapur	Nein	Nein
Hongkong	Nein	Nein
Italien	Nein	Ja
USA	Nein	Ja
Grossbritannien	Nein	Ja

*in den meisten Kantonen zahlen direkte Nachkommen keine Erbschaftssteuer

direkten Nachkommen wie in den meisten Kantonen von der Steuer befreit. Entfernte Verwandte hingegen zahlen bis 32 Prozent. 2014 nahmen der Kanton 25,8 Millionen und die Gemeinden 12,9 Millionen Franken ein. Die Initiative will aus der Erbschaftssteuer neu eine Bundessteuer machen. Zwar würden die Kantone einen Drittel der Einnahmen bekommen, doch der Bundesrat rechnet für die Kantone mit Mindereinnahmen. Was Wunder, wehren sich die Kantone, die sich gewohnt sind, ganz im Sinne der Steuerkonkurrenz mit ihrem Geld haushälterisch umzugehen.

Mit der neuen Erbschaftssteuer wäre die steuerliche Belastung der Wohlhabenden in der Schweiz deutlich höher als beispielsweise in Deutschland, Italien oder Österreich. Denn in diesen Ländern gibt es anders als in der Schweiz keine Vermögenssteuer. Würde nun auch noch eine Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen eingeführt, wäre die Schweiz steuerlich nicht mehr attraktiv. Davon betroffen wären aber nicht nur die Reichen, denn die Initiative würde alle treffen. Das können und dürfen wir uns nicht leisten.